

# Saale-Zeitung.

Vierundbessigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I. sowie von unseren Annahmestellen und allen Annahmestellen angenommen. Kleinere die Seite 75 Pfg. für Halle und außerhalb 1 Mt.

Erstdruck täglich zweimal, Sonntag und Montag einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhauptstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I.; Telefon Nr. 591 n. 174.

Bezugspreis

die Halle vierteljährlich bei postremittierter Zahlung 2,50 Mk., durch die Post 2,75 Mk. einschließlich Postgebühren. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Für unerwartet eingehende Kommissuren sind keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der „Saale-Zeitung“ gestattet.

Genehmigt der Redaktion Nr. 1160; der Rheinischen Zeitung Nr. 1182.

Nr. 454.

Halle a. S., Mittwoch, den 28. September.

1910.

## EIN NEUES QUARTAL

beginnt. Man versäume es nicht, das Abonnement auf die

## „SAALE-ZEITUNG“

zu erneuern.

**Die Saalezeitung** ist die größte liberale Zeitung der Provinz Sachsen. Sie erscheint 4 mal täglich und unterrichtet ihre Leser auf allen Gebieten des Wissens. Sie ist aktuell und fortschrittlich. Für das halbesbüchliche Publikum sowohl wie überhaupt für die Provinz Sachsen ist sie unentbehrlich.

**Die Politik** Deutschlands ist im Laufe des letzten Jahrzehnts so kompliziert geworden, dass es für jeden Deutschen notwendig ist, die Vorgänge in den Parlamenten, Neuerungen und Gesetzentwürfen, Einträgen, Beamtenfragen etc. täglich zu verfolgen. Ueber alle Fragen der Politik unterrichtet die „Saale-Zeitung“ ihre Leser auf eingehende. Sie enthält ausführliche Parlamentsberichte; sie ist dank ihrer Korrespondenten in allen grossen Städten des Reiches imstande, immer das Neueste zu bringen und beleuchtet alle interessanten Fragen der Politik auf eingehende. Aufsätze aus den Federn unserer ersten Parlamentarier, Professoren, Juristen und Staatsmänner liefern treffliche Kritiken auf allen Zweigen der Politik.

**Die Auslandspolitik** beschäftigt sich mit allen Vorgängen ausserhalb Deutschlands. Die Fäden der deutschen Politik laufen eng ineinander mit den Fäden der Auslandspolitik. Jede Durchschliessung Englands, Frankreichs, Oesterreichs, der Vereinigten Staaten u. s. w. ist von weittragender Bedeutung auch für Deutschland. Die Handelsverträge nicht nur zwischen Deutschland und anderen Staaten, sondern auch zwischen den anderen Staaten unter sich sind von einschneidender Bedeutung für den gesamten Handel und für die gesamte Industrie, aber auch für jeden einzelnen, da er wieder abhängig ist von Handel und Industrie seines Landes.

**Der lokale Teil** der „Saalezeitung“ bringt die Fragen der Kommunalpolitik ebenso eingehend wie allgemein interessante Vorgänge der Stadt. Ausführlich finden unsere Leser die Berichte der Stadtverordnetenversammlung. Ueber alle Beratungen und Entschliessungen der einzelnen Ausschüsse berichtet die Saalezeitung im Anschluss an die Sitzungen und erläutert die Vorgänge. Vereinsangelegenheiten, Festlichkeiten und Varietés widmet die Saalezeitung interessante Vorberichte und Besprechungen. Die feuilletonistischen **Lokalplaudereien** aus der Feder eines bewährten Kommunalpolitikers werden allgemein mit grossem Interesse und grossem Vergnügen gelesen.

**Das Feuilleton** der Saalezeitung hat die ersten Schriftsteller Deutschlands zu Mitarbeitern. Essays und Feuilletons wissenschaftlichen und belletristischen Inhalts, Theaterberichte von auswärts, juristische, medizinische und naturwissenschaftliche Artikel, eingehende **Opern- und Schauspielkritiken** von Halle, Berlin, München, Wien, Leipzig usw. wechseln in bunter Reihe. Die Bühnenchronik und die Chronik der Kunst und Wissenschaft haben in allen Städten ihre Mitarbeiter. Das täglich erscheinende **„Unterhaltungsblatt“** bringt Romane, Skizzen, Novellen, Humoresken, Reisebeschreibungen etc. der ersten deutschen Schriftsteller. Der Bücherhändler und der Literaturliebhaber wird aufs sorgfältigste gepflegt.

**Nachrichten aus der Umgebung**, aus der Provinz Sachsen, dem Königreich Sachsen und Thüringen unterrichten über alles Wissenswerte und Neue in Halles Nähe. Der Stab unserer Mitarbeiter in der Umgebung ermöglicht es uns, die Vorgänge in den umliegenden Städten meistens so früh zu bringen, wie die dortige Presse.

**Der Handelsteil** ist es nicht zuletzt, der der Saalezeitung überall Freunde geschaffen hat. Berichte über Generalversammlungen von Aktiengesellschaften, handelswissenschaftliche Artikel, ein ausgedehntes Depeschendienst über die Kurse lässt die Handelszeitungen anderer Städte entbehrlich erscheinen.

Ebenso sind die vermischten Nachrichten, der Gerichtssaal und die Sportnachrichten aufs beste geordnet.

Wir bitten die Erneuerung des Abonnements resp. Neubestellungen auf die Saalezeitung alsbald bei der nächsten Postanstalt oder bei den Briefträgern, sowie in unserer Expedition sofort bewirken zu wollen. Neu hinzutretende Abonnenten erhalten die noch im September d. Js. erscheinenden Nummern kostenlos geliefert.

Der vierteljährliche Abonnementspreis für die „Saalezeitung“ mit Einschluss sämtlicher Beilagen beträgt bei allen Postanstalten 3,25 Mk., bei unserer Geschäftsstelle in Halle 2,50 Mk. bei täglich zweimaliger Zustellung.

Redaktion und Verlag der „Saale-Zeitung“, Halle a. S.

## Der Moabiter Aufruhr.

(Von unserem Berliner 3. Mitarbeiter.)

\* Berlin, 27. September.

Seit dem Ende der vorigen Woche haben sich zwischen der Polizei und einem grossen Teil der Bevölkerung des Berliner Stadtteils Moabit erbitterte Kämpfe abgepielt. In Moabit ist der Prozentsatz der Arbeiter sehr hoch, und es kam dazu, dass in dem an Charlottenburg angrenzenden Teil, in dem die Krawalle ihren Ausgang hatten, zahlreiche Neubauten entstanden sind, die von sehr unglücklichen stützenden Elementen „troden genohnt“ zu werden pflegen. Den Anstoss gab der Streik der Arbeiter bei der grossen Kohlenfirma K u p f e r u. C o m p., die in Herrn S t i n n e s, dem grossen Bergmagazin, ihren eigentlichen Hintermann hat. Offenbar war es dem Einfluss des Herrn Stinnes zu danken, dass die Kohlenmagazin der Firma, die von arbeitswilligen Kräften geleitet wurden, von der Polizei mit besonderer Rücksicht bewacht wurden.

Es machte einen eigenartigen Eindruck, die Kohlenwagen durch die Straßen fahren zu sehen, geleitet von einem halben Duzend berittener Schutzleute. Die Menge folgte schreiend und johlend, ohne bei dem starken Polizeiaufgebot eine ernstliche Eöderung zu riskieren. Des Abends aber sammelten sich in den neuen Straßen Moabits mit den streikenden Arbeitern und ihren Frauen auch zahlreiche Zuhörer, halbwüchtige Burthen und sonstiger Mob, die scheinbar zwecklos lärmten, die Polizisten belästigten und den Verkehr sperrten. Man muß es der Polizei nachsagen, dass sie diese Demonstrationen mit großer Geduld über sich ergehen liess und nur einschritt, wenn es sich gar nicht umgehen liess. Am Sonnabend aber kam es bereits zu sehr heftigen Zusammenstössen zwischen der Polizei und den demonstrierenden Massen, bei denen auf der Seite der Polizei der Säbel in Funktion trat, während die Demonstranten mit Steinen auf die Schutzleute warfen. Diese Massen widerholten sich am Montag mit verstärkter Kraft. Es kam dazu, dass ein arbeitswilliger Arbeiter in Scheinbarer Berührung mit seinem Revolver griff und auf Arbeiter der bekannten Löwenhies Fabrik, die mit der ganzen Sache nichts zu tun hatten, mehrere Schüsse abgab.

Wie immer, wenn erst einmal ein Schuss gefallen ist, verschärfte sich nun die Situation erheblich, und am Montag Abend kam es in Moabit zu Szenen, die nicht an Aufruhr stießen. Die Polizei hatte dreihundert Schutzleute in der gefährdeten Gegend zusammengezogen. Das hinderte indessen nicht, daß immer wieder auf die Polizisten Angriffe gemacht wurden, bei denen mit Steinen geworfen und aus den Häusern Wasser und andere Gegenstände auf die Schutzleute gemorfen wurden. Auch wurde mehrfach geschossen. Die Menge löschte die Laternen aus, setzte unbesugterweise die Feuerwehler in Tätigkeit und drang in später Nachtstunde sogar in die dortige Reformationskirche ein, deren Fenster sie durch Steinwürfe zerbrach.

So gab es auf beiden Seiten Duzende von Verwundeten, wobei noch zu berücksichtigen bleibt, daß ein grosser Teil der verwundeten Tumultuanten sich lediglich der Festnahme entzogen hat. Einem Schumann, der in Lebensgefahr geraten war, blieb, nachdem er seine Patronen verschossen hatte, nichts anderes übrig, als sich in eine Kneipe zu flüchten und dann über die Dächer sich in Sicherheit zu bringen. Dafür demotierten die Tumultuanten das ganze Lokal und verletzten den Wirt und seine Frau lebensgefährlich. Auch ein Prediger der Reformationskirche entlang dem Janagel nur mit genauer Not. Auch wenn man zugibt, daß ein gewisser Grund für die Erregung der Bevölkerung gegeben war, wird man doch aufs höchste bedauern müssen, daß es zu solchen Ausschreitungen kommen konnte, und man wird erwarten dürfen, daß die Polizei mit aller Entschiedenheit für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sorgt. Ein heftigliches Zeichen bleibt der Moabiter Krawall in jedem Falle.

Die „Königliche Zeitung“ bespricht in einem längeren Artikel die Nebenereignisse der Berliner Straßenkrawalle und gollt der ruhigen Haltung der Schutzmannschaft Lob. Sie führt u. a. aus:

„Wahrscheinlich werden die sozialdemokratischen Blätter von einem durch die Polizei veranfaßten „Blutbad“ sprechen und zu beweisen versuchen, daß die Aufhörer harmlose Lämmer, die Schumann aber reizende Tiger gewesen seien. In solche Nebenarten wird wir auch aus andern mildern Anlässen gewöhnt, und sie werden ruhig und sachlich denkende Menschen nicht davon abbringen, daß sie ein scharfes Vorgehen der Schutzmannschaft vollständig billigen. Mit guten Worten, die übrigens auch von den führenden Polizeioffizieren verwendet werden, ist da nichts zu machen und es hilft nichts anderes, als rücksichtslose Gewalt. Wenn dabei Unfallschaden zu Schaden kommen, so müssen sie sich selbst überlassen, denn jeder einigermaßen mit Verstand begabte Mensch muß sich gegen, daß wenn er sich in solche Aufstände einmischet, er dem zu Mittelenden werden kann, wie die wirftigen Schuldigen.

Es trifft sich festlich, daß gerade an dem Tage, wo die Nachrichten über die Wobaiter Ausdehnungen eintreffen, die in Köln erscheinende sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ in einem recht vernünftigen Leitartikel zu dem Zweck sucht, daß die Sozialdemokratie nicht daran denke, Straßenkämpfe zu entfesseln und nicht daran denken könne, wenn sie sich nicht selbst schädigen wolle. Da muß man dann freilich, wie stets in solchen Fällen verdrückt, den lächerlichen Großschönjannogen, der freilich bei solchen Fällen stets aus seinem Schlafmühen herortreibt, für die Ausdehnungen verantwortlich zu machen. Daß die sozialdemokratischen Abgeordneten und Parteiführer über überhaupt die offizielle Sozialdemokratie beteiligt seien, wird niemand ohne Beweise behaupten wollen. Aber der Begriff der sozialdemokratischen Partei umfaßt mehr als die Elite der Partei. Es sieht jedermann frei, die von den sozialdemokratischen Führern gebrauchten Grundzüge von heute auf morgen als seine eigenen zu bekennen, ohne daß über ihn von Partei wegen Buch geführt werden könnte. Wie kann die Sozialdemokratie dafür einstehen, daß diese Leute nicht Mißbrauch von den Parteideuten treiben, sei es aus Bosheit, sei es aus Dummheit. Keine Partei dürfte die Stimmen weniger wagen als die sozialdemokratische. Darum ist es aber auch nicht an, daß die Partei alle Dummheiten, die in ihrem Namen begangen werden, einfach von sich auf jenes lichtlose Gesindel abschiebt, sobald sie ihr unangenehm werden.“

Niel ruhiger betrachtet das „Berliner Tageblatt“ die Lage indem es darauf hinweist, daß man im Berliner Polizeipräsidium den Ausschreitungen des in Wobait jetzt zusammenströmenden Mobs keine übertriebene Bedeutung beilegt und die Dinge mit erweiterter Ruhe und Mäßigkeit beurteilt. Polizeimajor Rau erklärte einem Mitarbeiter des „B. T.“, wirkliche Arbeiter seien seiner Ueberzeugung nach an den nächtlichen Tumulten wenig oder gar nicht beteiligt gewesen, und man habe es hier wohl durchweg mit Erzeugen des Jahngals zu tun. Die reaktionäre Presse ist dagegen natürlich bemüht, die Affäre noch auszuweitern, und die „P. A.“ erklärt: „Das ist Wobait, das ist Wobait.“ Da vorherzuweisen ist, daß der Versuch gemacht werden wird, die Wobaiter Vorkänge politisch auszunutzen, stellen die verständigsten Elemente der Wobaiter Arbeiterschaft ihr mögliches tun, um auch ihrerseits die Fortdauer dieser handlichen Szenen zu verhindern, und sie sollten vor allem einen entscheidenden Strich zwischen sich und dem wilden Straßenpöbel ziehen. Darüber, daß die Straße nicht einem regellosen herumtoben, schreien und plündernden Mob überlassen werden darf, sind alle Parteien sich einig. Und die Polizei wird in solchen Fällen unjenseitlich alle verhängigen und alle anstehenden Menschen auf ihrer Seite haben, je mehr sie bei ernsthaften politischen Rundgeboten, durch welche die Ordnung nicht gefährdet wird, Zurückhaltung und Unparteilichkeit zeigt.

## Der Verlauf des gestrigen Abends.

Zahlreiche Schwerverletzte. — Beschädigung zweier Häuser durch die Polizei.

Berlin, 28. Sept. Mit dem Einbruch der Dunkelheit begannen gestern in Wobait die Straßenschau als neue. Bereits um 7 Uhr hatten sich in einigen Straßen haßwüthige Burlesken zusammengedrängt, zu denen sich dann noch viele Frauen, Kinder und Männer gesellten. Gegen 8 Uhr nahm die Menge eine drohende Haltung an. Pfeife erlösten, aufreizende Rufe wurden laut und an manchen Stellen führte die Menge auf die Beamten ein. Zum ersten ernstlichen Zusammenstoß kam es an der Ecke der Wobaiter und Wobaiterstraße. Unter Töhen und Schreien drang hier die Menge auf die Schutzmannschaft ein und bombardierte die Beamten mit Steinen, so daß seitens der Schutzmannschaft Blut gezogen und zum Angriff übergegangen werden mußte. Mit dem Säbel in der Hand stürmten die Beamten, von ihren berittlenen Kollegen begleitet, die Straßen hinunter und trieben die johlende und freischende Menge vor sich her. Hierbei wurden mehrere Personen durch Säbelschläge verletzt. Eine Anzahl Verletzte mußte nach dem Wobaiter Krankenhaus geschafft werden. Bei dem Angriff wurde ein Angreifer durch einen Säbelschlag schwer verletzt, auch ein Polizist erlitt durch einen Steinwurf eine schwere Verletzung am Kopf. Nach kurzer Zeit gelang es, die Straßen zu säubern.

## Der Zusammenstoß in der Erasmusstraße.

Am 9 Uhr kam es zu einem schätzten Zusammenstoß in der Erasmusstraße. Dort wurde verächtlich auf die Wobaiter und Schutzmannschaften geschossen, jedoch niemand getroffen. Auch das Wobaiter Steinbombardement fehlte nicht. Der Tumult erreichte gegen 1/2 Uhr in der Wobaiterstraße seinen Höhepunkt. Um diese Zeit hatten sich hier reichlich 4000 Personen angelammelt. Aus den Fenstern der Häuser in der Wobaiterstraße wurden Bier- und Getterschläfen auf die Beamten geworfen, dazwischen wurden wieder Feuerwerkskörper abgefeuert. Die Polizei ließ nun die Bronnigpistole ziehen und wiederholt Schüsse gegen die Menge und auf die Fenster, aus denen die Wurfgeschosse kamen, abfeuern. Ein großes Polizeiaufgebot wurde hinzugezogen und Schußleute zu Pferde ritten eine Attade. Das half, denn nach wenigen Minuten waren die Straßen von der Ausschreitenden gesäubert. Man rechnet mit ungefähr 100 Verletzten. Gegen 10 1/2 Uhr erstloren der Polizeipräsident v. Jagow in der gefährdeten Gegend, befehligte die getroffenen Maßnahmen und gab Befehl zum Schießen.

## Die Petroleumlampe als Waffe.

Gegen 11 Uhr wurde die Schutzmannschaft nach der Wobaiterstraße gerufen, wo eine größere Menschenmenge sich angelammelt hatte und tumultierte. Ein Polizeioffizier sah in einem Augenblick, wie eine Frau aus dem Fenster eines Hauses heraus Flumentöpfe auf die Beamten warf. Er ging mit 5 Beamten in das Haus und verschaffte sich gewaltsam Eintritt in die Wohnung. Als dort der Zeutmann nachwies, daß die Flumentöpfe feststen, wollte die Frau ihm die brennende Petroleumlampe ins Gesicht werfen, wurde aber noch rechtzeitig durch die hinzueilenden Beamten verhindert. Die Lampe fiel hierauf zu Boden und explodierte. Das Feuer konnte jedoch sofort von den Schußleuten gelöscht werden.

## Die Zahl der Schwerverletzten ist auf 20 gestiegen.

Der Mann, der bei der Attade der verletzten Polizisten unter die Fufe der Pferde geht, ist so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der Mann heißt

Regener und liegt im Krankenhaus Moabit darnieder. Es ist kein Zweifel, daß durch die von der Polizei abgedehnten Schüsse — ihre Zahl wird auf 4—500 geschätzt — viele Menschen verwundet worden sein müssen. Doch gelang es der Polizei nicht, in die Häuser einzudringen, so daß man eine Sicherheit darüber vorläufig nicht erlangen kann. Ein Anarchofist hat in der Wobaiterstraße mit auf politischen Befehl geschossen worden. Der Polizeipräsident blieb bis gegen 1 Uhr auf dem Schauplatz der Ereignisse.

## Friedensverhandlungen.

Es ist nicht zu verkennen, daß der Streit bei der Firma Kupfer & Co., der der Anlaß zu den Straßentumulten in Moabit gewesen ist, bald beigelegt wird. Der Streit ist bei einigen Kohlenfirmen ausgebrochen, weil die Kupfer eine Lohnerhöhung von 2 Mg. pro Stunde verlangte und mit ihrer Forderung abgewiesen wurden. Gestern hat der Transportarbeiterverband der Firma Kupfer & Co. mitgeteilt, daß er zu Verhandlungen bereit sei. Der Kohlenhändlerverband hat dagegen gestern nachmittag in einer Sitzung beschlossen, mit dem Transportarbeiterverband nicht zu verhandeln und auch den vom Streit betroffenen Firmen dringend empfohlen, Verhandlungen mit dem Transportarbeiterverband abzulehnen. Der Arbeitgeberverband und auch die vom Streit betroffenen Firmen sind dagegen bereit, mit den streikenden Arbeitern selbst zu verhandeln, auch durch den Magistrat v. Schulz, mit dem sie sich in Verbindung gesetzt haben. Die Arbeitgeber sind auch bereit, vom 1. April an eine Lohnerhöhung einzutreten zu lassen.

# Deutsches Reich.

## Abg. Fuhrmann.

Die Nationalliberale Corv. schreibt: Das Berliner Tageblatt, das seit längerer Zeit in wohlfeilerer Abficht sich bemüht, dem Abg. Fuhrmann reaktionäre Ansichten und Absichten unterzuschleichen, und das auch heute noch ihm behauptet, er sei seit langem redlich und nicht ohne Erfolg bemüht, die nationalliberale Partei ins reaktionäre Fahrwasser zu treiben, polemisiert anlässlich des Ausganges der Frankfurter Wahl gegen ihn in Wendungen, die den Anschein erwecken können, als ob Abg. Fuhrmann sich gestern nicht bei Verkündigung des Wahlergebnisses in Frankfurt a. O. gegen die Berechtigung des Reichstags als wahlrechtlich ausgesprochen hätte. Das ist selbstverständlich unrichtig. Abg. Fuhrmann hat lediglich folgendes gesagt:

Er sei am gestrigen Tage nach Frankfurt gekommen in der Ueberzeugung, daß der gemeinsame bürgerliche Kandidat liegen werde. Er habe diese Ueberzeugung einmal daraus geschöpft gehabt, daß es nach dem Vorgange der Differenzen im bürgerlichen Lager durch eine rege Agitation leicht sein würde, einen erheblichen Bruchteil der 8000 Nichtwähler der Hauptwahl am Stimmabgabe dem gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten zuzuführen und zum zweiten daraus, daß der Verlauf des sozialdemokratischen Parteitag in Magdeburg wirksam sein werde, um sozialdemokratische Mitläufer aus dem bürgerlichen Lager von einer Partei abzuwenden, der nach dem Verlauf und dem geistigen Tiefstande des Magdeburger Tages das denkende Bürgertum kaum geneigt sein dürfte, die Wahrung seiner zeitigen und wirtschaftlichen Güter anzuvertrauen. Wenn aber trotz dieses Parteitag es am Stimmabgabe noch weitere 1500 Nichtwähler der Hauptwahl ihre Stimmen für den Sozialdemokraten abgegeben hätten, dann müße er bezweifeln, daß diese Wähler dasjenige Maß von politischer Reife sich angeeignet hätten, das für Bismarck die Voraussetzung gebildet hätte, als er seinerzeit dem deutschen Volke das allgemeine und gleiche Wahlrecht gab.

Abg. Fuhrmann lehnte es im Verlauf seiner längeren Ausführungen ausdrücklich ab, sich von solchen oder anderen Stimmungen beeinflussen zu lassen, und machte für den Ausfall der Wahl nicht das Wahlrecht, sondern die Wahrheit, die man eingegeben, die Pflicht, unsere Bürger zum verantwortlichen Handeln zu erziehen, von den innerpolitischen Ursachen der heutigen Verbitterung, der Hauptursache an solchem Wahlausgange sei.

Wir können nicht annehmen, daß irgend ein Anhänger des Reichstagswahlrechtes Anlaß an diesen Worten des Abg. Fuhrmann nehmen kann, auch das „Berliner Tageblatt“ nicht; denn wir wollen hoffen, daß auch das „Berliner Tageblatt“ die 1500 in ihrem Kern sicherlich bürgerlichen Nichtwähler, die trotz der Ereignisse des Magdeburger Parteitag am Stimmabgabe den Sozialdemokraten wählen, nicht als politisch genügend reife Staatsbürger ansehen wird.

## Ein Gesetz über das Erbbaurecht.

Im Reichsamt des Innern werden, wie die „Bauelei“ erfährt, gegenwärtig die ersten Vorbereitungen für einen Gesetzesentwurf zur Fortentwicklung des Erbbaurechtes getroffen. Das Gesetz bezweckt die Förderung der Sozialpolitik und der Wohnfrage insbesondere für die Städte. Das Erbbaurecht selbst, das heißt das Recht zur Benutzung fremden Grundbesitzes, ist gegenwärtig nur durch fünf Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches geregelt, und zwar, da die Verfasser des B.G.B. an eine sozialpolitische Verwendung des Erbbaurechtes absolut nicht dachten, nur sehr abstrakt und lückenhaft. Bereits Graf v. Posadowsky hat als Staatssekretär ein Reichsgesetz zur Ausfüllung der Lücke in das die Ausfüllung dieses. Erst jetzt aber geht man ernstlich an den Ausbau dieses Rechtes. Es wird sich insbesondere darum handeln, das Erbbaurecht für die Lösung der Wohnungsfrage, zumal der Kleinwohnungsfrage, in den Städten zu verwerthen. Das Reichsamt des Innern muß, da die Bestimmungen des B.G.B. abgeändert werden müssen, auch mit dem Reichsjustizamt Beratungen pflegen.

## Zugrand zur Oberlehrerlaufbahn.

Aus den statistischen Mitteilungen Nimmans in der Monatschrift für höhere Schulen sind von besonderem Interesse die Zahlen, welche die im letzten Sommer im ersten Semester stehenden Studierenden der philosophischen Fakultät betreffen, da sie zugleich den bevorstehenden Antrags zum höheren Lehramt betreffen. Während die ersten

Semester aller anderen Fakultäten zusammen 1602 ausmachten, hatte die philosophische Fakultät allein 1693 Studierende im ersten Semester: 1001 vom Gymnasium, 396 vom Realgymnasium und 296 von der Oberrealschule. Hierunter studierten: Philosophie 23, Klassische Philologie und Deutsch 42, neuere Philologie 40, Geschichte 124, Mathematik und Naturwissenschaften 536, sonstige Studienfächer 113. Von den Altklassikern waren 447 vom Gymnasium, 26 vom Realgymnasium und 20 von der Oberrealschule; von den Neuphilologen 154 vom Gymnasium, 133 vom Realgymnasium und 117 von der Oberrealschule.

## Kommunale Veteranenfürsorge.

Die Stadtverordneten von Frankfurt beschlossen, den Kriegsveteranen, soweit sie ein Jahreseinkommen von weniger als 900 Mark haben, die Kommunalsteuer auf Lebenszeit zu erlassen.

## Schule.

### Leitung des Religionsunterrichts durch Geistliche.

Zur Frage der Leitung des Religionsunterrichts durch die Geistlichen hat der Minister anlässlich eines Spezialauschusses am 2. Mai d. J. der Regierung in Kassel gegenüber sich wie folgt geäußert:

Auf den Bericht vom 28. Februar d. J. erwiderte ich der Königl. Regierung, daß den mit der Leitung des Religionsunterrichts betrauten Geistlichen das Recht zusteht, sich in den von ihnen besuchten Religionsstunden auch von der richtigen Einübung der Melodien der nach dem Lehr- und Stoffverteilungsplan zu singenden Kirchenglieder zu überzeugen. Sofern sie hierbei Anlaß zu Wünschen oder Beschwerden finden, würde ihnen überlassen sein, diese den nach Ziffer 9 des Erlasses vom 18. Februar 1876 zuständigen Schulaufsichtsbehörden vorzutragen.

# Parlamentarisches.

## Reichsversicherungsordnung.

× Berlin, 27. Sept. 1910.

In der Montagsitzung der Reichsversicherungscommission stellen zunächst die Sozialdemokraten einen Antrag zu § 638 a, wonach die Genossenschaftsversammlung zur Hälfte aus Arbeitern bestehen soll. Es schloß sich hieran eine Erörterung über die sozialdemokratische Behauptung an, daß die Versicherungsbeiträge der Arbeitgeber lediglich Produktionskosten seien. Der Antrag wurde abgelehnt.

Zu § 700 wurde ein nationalliberaler Antrag angenommen, wonach zu Mitgliedern des Vorstandes auch bevollmächtigte Betriebsleiter sowie unter gewissen Voraussetzungen Aufsichtsratsmitglieder einer zur Berufsgenossenschaft gewählten Gesellschaft gewählt werden können.

Zu § 703 lag ein sozialdemokratischer Antrag vor, wonach die für die Angestellten der Krankenkassen von der Kommission gefassten Beschlüsse im wesentlichen auf die Angestellten der Berufsgenossenschaften Anwendung finden sollen. Der Antrag wurde mit Rücksicht darauf abgelehnt, daß bei beiden Beamtenkategorien die Verhältnisse nicht ganz gleich liegen und die für die Angestellten der Krankenkassen getroffenen Bestimmungen noch nicht als einseitige Regelung gelten können, sondern wahrheitsgemäß in der zweiten Lage noch abgeändert werden müssen.

Nach § 719 Abs. 1 müssen die Berufsgenossenschaften mindestens ein Viertel ihres Vermögens in Reichs- oder Staatsanleihen anlegen. Diese Bestimmung rief eine längere finanzielle Debatte hervor, nach deren Schluß die Bestimmung gegen die Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und Polen angenommen wurde.

Nach § 737 kann die Satzung bestimmen, daß die Mitglieder auf die Beiträge Vorschlüsse stellen. Hierzu wurde ein nationalliberaler Antrag angenommen, wonach die Satzung der Berufsgenossenschaft auch bestimmen kann, daß der Vorstand berechtigt sein soll, von einzelnen Mitgliedern Vorschlüsse einzufordern, falls ein solches mit der Zahlung der Beiträge wiederholt im Bezug gemein ist.

Zu § 749 wurde nach längerer Diskussion ein nationalliberaler Antrag angenommen, wonach die Satzung bestimmen kann, daß der vom Betriebsunternehmer nach Ablauf des Geschäftsjahres bei der Berufsgenossenschaft einzureichende Lohnnachweis statt der einzelnen Verifizierungen und des von ihnen verdienten Entgelts die Zahl der Verifizierten und die Gesamtsumme des Entgelts enthalten darf (summarischer Lohnnachweis).

Mit dieser Beratung begann die Mittwochsitzung. In dieser war besonders bemerkenswert eine Erklärung des Staatssekretärs, daß entgegen verschiedenen Presseäußerungen die verschiedenen Regierungen das größte Gewicht darauf legen, daß die Vorlage in ihrer Gesamtheit noch in dieser Session zur Beratung gelangen solle.

Hierauf wurden die Beratungen bei § 780 fortgesetzt und die §§ 780—841 unter Erreichung des § 781 angenommen. Sodann wurde zu dem vorläufig ausgesetzten § 843 Abs. 2 zurüdgegriffen und ein konformativer Antrag angenommen, wonach der Bundesrat für die nicht gewerblichen Halter von Reittieren und Fahrzeugen die Bildung besonderer Versicherungsgenossenschaften zuzulassen kann.

In § 842 wurde auf nationalliberalen Antrag die Bestimmung getroffen, wonach die von den Berufsgenossenschaften übernommene Satzpflichtversicherung auf 1/2 beschränkt wird. Im übrigen wurden die §§ 842—846 unändert angenommen.

## Strafprozess-Ordnung.

Die Justizcommission trat nach einer Pause von einigen Tagen Montag abend in ihre Verhandlungen wieder ein und setzte die Beratung vormittag fort. In diesen Verhandlungen wurde die Strafprozess-Ordnung in erster Lesung zu Ende geführt. Die Änderungen, die bei den letzten Paragraphen, betreffend das Kostenwesen, getroffen wurden, waren im wesentlichen juristisch-technischer Art. Nach Erledigung der Strafprozess-Ordnung wurde in die Beratung des Gerichtsverfassungsgesetzes eingetreten. Hierzu lagen eine Reihe sozialdemokratischer und freisinniger Entwürfe vor, die die Selbständigkeit der Richter sichern und das Richterwesen einschränken wollen. Die Tendenz der Entwürfe wurde in der Diskussion vielfach gestützt, doch wurden die Entwürfe abgelehnt, um die für das Gerichtsverfassungsgesetz vorgesehene Novelle nicht allzu weit auszubehnen und die Untätigkeit in ihrer praktischen Formulierung unüberwindbar zu verhindern.



# Parteinachrichten.

Über eine Reichstagskandidatur Deppungs werden in einzelnen Wahlkreisen Erörterungen gepflogen und bereits Mittelungen in die Presse gebracht, obwohl es sich nur um Wünsche und Kombinationen handelt. Dazu bemerkt die „Voll. Ztg.“: „Uns will scheinen, daß die Art, wie hier und da die Frage einer Kandidatur Deppungs öffentlich besprochen wird, eher geeignet ist, diesen von der Lebensfrage einer Reichstagskandidatur zurückzuführen als dafür zu gewinnen und überdies die Erlebigung der Kandidaturfrage in einzelnen Wahlkreisen überhaupt zu erschweren. Der frühere Staatssekretär hält sich gegenwärtig in Ostpreußen auf. Alle Erörterungen über seine Kandidatur in jener Abwesenheit haben wenig praktischen Wert. Sie können bestenfalls nur den Beweiss führen, wie stark der Wunsch ist, den bisherigen Staatssekretär wieder im Reichstag zu sehen.“

Wir können uns — so schreibt die „Frei. Ztg.“ — dieser Auffassung nur anschließen. Vor der nächsten Deppungsabstimmung von Ostpreußen, die erst Ende des Jahres zu erwarten ist, kann eine Klärung nicht herbeigeführt werden. Für die schwebenden Verhandlungen über die Aufstellung von Kandidaturen der fortschrittlichen Volkspartei muß die Frage einer etwaigen Kandidatur Deppungs außer Betracht bleiben.

Reichstagsabgeordneter v. Bajer über den sozialdemokratischen Parteitag. Aus der Rede, die der Reichstagsabgeordnete v. Bajer am Sonnabend in Nürnberg gehalten hat, haben wir als bemerkenswert nach dem Bericht des „Fränk. Kur.“ noch die Äußerungen des Präsidenten der württembergischen Kammer über die Bedeutung der Verhandlungen auf dem sozialdemokratischen Parteitag hervor. Abg. v. Bajer sagte:

Bezeichnend ist das sozialdemokratische Mißtrauen gegen Führer, Parlament und Presse. Wir Demokraten sind davon ausgegangen, daß das gegenseitige Vertrauen stark macht. Die Organisationsparteien, die auf Mißtrauen eingerichtet sind, haben sich stets als despotisch herausgestellt. Wir beneiden niemand um die Freundlichkeit des Arbeitens, wenn jeder jederzeit hinter jedem den dummen oder schiefen Keil zu wissen von Amts wegen verpflichtet ist. Bei diesen Ansäuerungen ist es verständlich, wenn der Budgetschluß so ausfiel, wie er in Abgang gelangt ist. Es wäre ein Unglück für Deutschland, die Entwicklung anderer Völker, wenn die Anschauung, die diesem Beschluß der Mehrheit zugrunde liegt, allgemeinen Boden fände. Die Politiker und Abgeordneten, die amgefaßt sind, das Wohl des Landes zu vertreten, sollen Selbstständigkeit des Urteils und Festigkeit nach oben und unten haben. Der Abgeordnete ist zuerst seinem Gewissen, dann seinen Wählern und zuletzt der Partei verantwortlich. Bei der Sozialdemokratie ist daher der Begriff des parlamentarischen Lebens auf den Kopf gestellt. Wenn der oberste Leisten für den Abgeordneten nur die Parteizucht sein darf, dann steht die Sache wirklich über. Wenn ein Abgeordneter beschließen muß, zu fliehen, wenn er nicht überall pariert, dann nimmt ihm das den eigenen Willen, das Selbstbewußtsein. Auch wenn er sieht, daß der Beschluß der Partei falsch ist, muß er sich zu fügen. Die Verantwortlichkeit verstreift sich. Bis jetzt

war der Abgeordnete verantwortlich, nichtig ist es eine Mehrheit, die aus einer namenlosen Menge zusammengesetzt ist, wodurch die Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit vollständig eliminiert wird. Wer sich auf diesen Boden stellt, darf sich wahrhaftig nachher aus gegenüber nicht auf hohe Köpfe und behaupten, die einzigen charaktervollen Männer, die es gebe, seien in der Sozialdemokratie zu finden. Eine Volkspartei, die so zusammengesetzt ist, wie die Sozialdemokratie das will, bildet eine traurige Karikatur. Das kann nur der wollen, der den Massen despotismus in der Politik anerkennt. Was die Sozialdemokratie sonst in der Budgetfrage beabsichtigt, ist uns gleich, ebenso ob sie die Frage als sachlich oder prinzipiell erklärt, was sie mit ihren „Hörsängern“ anfangen will, wenn sie ihnen nicht zutraut, daß sie, wenn sie als aufrechte und selbständige Männer in einen Saal hineingehen, als solche wieder herauskommen.

Abg. v. Bajer schloß: Wir wollen nicht zu Sätern bürgerlicher Freiheit diejenigen, die noch die Meinungsfreiheit noch die Gewissenspflicht des einzelnen respektieren und die eigene Vertreter zu Marionetten und noch tiefer degradieren. Diese Leute werden Deutschland nie frei und glücklich machen können. Sie können geschlagen, aber nicht aufbauen.

Der Thüringer Landesverband der fortschrittlichen Volkspartei beruft für Sonntag, den 8. Oktober vormittags 10 Uhr nach Weimar, Restaurant „Erlöschung“, den Landesausschuß zu einer Sitzung ein. Auf der Tagesordnung stehen außer den Berichten des Geschäftsführenden Ausschusses und der Parteifreize die Themen: Verhandlungen mit der nationallib. Partei; Leitung des Thüringer Verbandes über eine Vereinbarung für die nächsten Reichstagswahlen und Genehmigung eines Satzungsentwurfes für den Thüringer Landesverband der fortschrittlichen Volkspartei.

L. O. Der Bezirksrat der fortschrittlichen Volkspartei für Schlesien, der am Sonntag zu Breslau stattfand und an dem seitens des Geschäftsführenden Ausschusses die Abgeordneten Fischbeck und Kopsch, und von anderen Parlamentariern die Herren Dr. Wölfl, Büchtemann, Dr. Wagner, Dr. Doormann und Dr. Magdon teilnahmen, war der erste schlesische Parteitag nach der Fusion und galt insbesondere zu einem guten Teil den Fragen der Organisation der jungen Partei. Tugend welche Schwierigkeiten ergaben sich hierbei nicht, da auch vor der förmlichen Einigung die beiden freilichigen Gruppen in Schlesien eng zusammengehalten hatten. So wurde denn auch der Zusammenschluß des entschiedenen Liberalismus zu einer einzigen Partei in Breslau nicht nur als vollendet, sondern auch als höchst erfreuliche Tatsache anerkannt. Die Bedeutung Niederschlesiens für die fortschrittliche Volkspartei entsprechend — sind doch zurzeit 7 niederschlesische Mandate im Besitz der Fortschrittlichen und hat man doch begründete Aussicht, daß auch die drei übrigen noch bei den nächsten Wahlen uns zufallen werden — ist jüngst ein besonderes niederschlesisches Parteiretariat geschaffen worden, so daß der in Breslau domizilierende Parteisekretär ganz wesentlich entlastet ist.

Kattowitz, 27. Sept. Die ober-schlesischen Polen rufen eifrig für die kommenden Reichstagswahlen. Man spricht von einem bevorstehenden Kompromiß zwischen den Polen und Zentrum. Schon bei der letzten Landtagswahl gingen Zentrum und Polen zusammen. Die Verantwortlichkeit verstreift sich. Bis jetzt

# Heer und Flotte.

Wie das Armeekorps-Berichtsbüro bestätigt, nehmen an dem nächstjährigen Kaisermanöver das Gardekorps, das II. (Bomarsche) und das IX. (Hollsteinische) Armeekorps teil. Dazu sind die Bataillone der Fußtruppen durch Einziehung von Reservisten auf eine Ausrüstung von 700 Unteroffizieren und Gemeinen zu bringen.

# Hof- und Personalnachrichten.

Prinz Rupprecht von Bayern wird sich, wie aus München gemeldet wird, nach den Feierlichkeiten bei der Enthüllung des Denkmals für König Ludwig II. in Bamberg, der er als Vortreiber des Prinzregenten am 18. und 19. Oktober beiwohnt, nach Berlin begeben, um an dem Festakt der Kaiserkrönung in Berlin anlässlich ihres hundertjährigen Jubiläums teilzunehmen. Prinz Rupprecht war im Sommersemester 1890 als adelicher Höfner an der hiesigen Universität immatrikuliert. Der Prinz wird auch diesmal wie als Student; Kapit des Kaisers sein.

Der Staatssekretär v. Tirpitz hat sich am Montagabend zum Vortrag beim Kaiser nach Rominten begeben.

Wie in Karlsruhe verlautet, ist der badische Bundesratsbevollmächtigte in Berlin, Ministerialdirektor Josef Rheinboldt, zum Finanzminister als Nachfolger des verstorbenen Ministers Honell ernannt worden. Rheinboldt, der vorübergehend auch im Reichsfinanzamt gearbeitet und die letzte Tabaksteuerverträge vertreten hat, gilt schon lange als ein überaus tüchtiger Finanzpolitiker. Politisch ist er bisher noch nicht herorgetreten; er ist mit der Tochter des verstorbenen Mannheimer Großindustriellen Caro verheiratet.

# Meteorologische Station.

	27. Sept. 9 Uhr abends	28. Sept. 7 Uhr morgens
Barometer Millimeter . . .	759.2	759.0
Thermometer Celsius . . .	12.7	12.3
Rel. Feuchtigkeit . . . . .	84%	89%
Wind . . . . .	SW	SW

Maximum der Temperatur am 27. Sept.: 19.4° C.  
Minimum der Nacht vom 27. Sept. am 28. Sept.: 11.0° C.  
Niederschlag am 28. Sept. 7 Uhr morgens: 0.0 mm.

# Wetter-Ansichten.

29. September: Veränderlich, normale Temperatur, windig.  
30. September: Veränderlich, kühl, windig.  
1. Oktober: Vielfach heiter, tags wärmer, nachts kalt.

# Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte, Handel: Eugen Weinmann; für Ausland und Beste Nachrichten: i. B. Wilhelm Georg; Heftigkeiten, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für den Teletextteil: Hermann Göbel; Druck und Verlag von Otto Fenbel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfasst 16 Seiten. —



# Schaufenster-Wettbewerb

Halle a. S. 29. September bis 2. Oktober.

## Schaufenster I

Marktplatz 2.

Pariser Modell-Hüte  
Eigene Modell-Hüte  
Pelzwaren.

Wir bitten gleichzeitig um gefl. Besichtigung der übrigen Schaufenster, in welchen hervorragende Mode-Erscheinungen aller Art zu bekannt billigsten Preisen ausgestellt sind.

## Schaufenster II

Marktplatz 2.

Modell-Kleider u. Kostüme  
Pelz- u. Sd.-Plüsch-Palefots  
Theater-Mäntel  
Knaben- und Mädchen-Bekleidung.

## Schaufenster III

Marktplatz 8.

Wäsche-Ausstellung.

Erstklassige Erzeugnisse!

# J. LEWIN

Halle a. S., Marktplatz 2 und 8.

# Grosse Sonder-Ausstellung

von Fabrikaten aus  
Kamelhaar, speziell von

# Kamelhaarschuhen

von **Donnerstag, den 29. September, bis Sonnabend, den 8. Oktober.**

Versäumen Sie bitte nicht, diese interessante Vorführung in unseren Schaufenstern zu besichtigen!



**Ueberraschend billige Preise!**

**Kausschuhe** aus Kamelhaar mit Stoffmischung  
Gr. 19-23 24-29 30-35 36-42 43-47  
1<sup>00</sup> 1<sup>20</sup> 1<sup>40</sup> 1<sup>70</sup> 2<sup>20</sup>

**Kausschuhe** aus rein Kamelhaar und Wolle  
1<sup>45</sup> 1<sup>75</sup> 2<sup>25</sup> 2<sup>75</sup>  
Allerbeste Qualität 3<sup>00</sup> 3<sup>50</sup>

**Kausschuhe**, imit. Kamelhaar, mit Filz- und Ledersohlen  
0,85 1<sup>00</sup> 1<sup>15</sup> 1<sup>30</sup> 1<sup>50</sup>  
mit Cordleohlen 75 85 Pf.

**Damen-Umschlagschuhe**  
aus Kamelhaar mit Stoffmischung Gr. 36-42 3<sup>80</sup>

**Denkbar grösste Auswahl!**

**Schnallentiefel** aus Kamelhaar mit Stoffmischung  
Gr. 19-23 24-29 30-35 36-43 43-47  
4370] 1<sup>80</sup> 1<sup>50</sup> 1<sup>80</sup> 2<sup>35</sup> 2<sup>75</sup>

**Schnallentiefel** aus rein Kamelhaar und Wolle  
Gr. 19-23 24-29 30-35 36-42 43-47  
1<sup>70</sup> 2<sup>00</sup> 2<sup>40</sup> 3<sup>00</sup> 3<sup>60</sup>  
Allerbeste Qualität . . . . . 4<sup>00</sup> 4<sup>50</sup>

**Pantoffel** aus Kamelhaar mit Stoffmischung . . . . . 1<sup>90</sup> 1<sup>95</sup>

\*\*\*\*\* Saison-Katalog gratis und franko. \*\*\*\*\*

# Conrad Tack & Cie.

Verkaufshaus **Halle** nur **Schmeerstrasse 1** am Markt. Fernsprecher 210.

Schuh-Fabrik **BURG** bei Magdeburg.

**Soennecken-Federn** Überreife Vorrätig  
Das Beste was die Schreibfedern-Fabrikation zu leisten vermag  
1 Auswahl 30 Pf. • 1 Gros 012: M 2 50  
F. Soennecken Schreibfedern-Fabrik Bonn  
Berlin Taubenstr. 16 • Leipzig Markt 1

Flachaufschlagende **Geschäftsbücher** in allen Preislagen  
**Amerikanische Journale** in 4 Formaten empfiehlt  
16338 **J. Zoebisch**, Gr. Steinstr. 82, — Telephon 348. —

**Moderne Beleuchtungskörper** für elektrisch in grosser Auswahl zu billigen Preisen empfiehlt  
**G. Brose**, Leipzigerstrasse 96.  
Ersatz-Glüh- u. Metallfadenlampen in allen Kerzenstärken.

**Transportable Sparherde** für Haushaltungen, Hotels, Rittgüter.  
**Feine Emaille-Herde** in eleganter Nickel-Anstattung für Gas- oder Kohlen-Feuerung.  
**Wilh. Heckert**, Gr. Ulrichstr. 57, A. Götterbahnhof 5.

**Damen-Bürchen**, Haare an Stellen, wo man lösen nicht als alles andere, nur **Dr. Kuhn's giftiges Depilatorium 1.50, 2.50, 3.50. Entfernung ohne Schmerz.**  
Man weiß ja, was ich meine, nurcht u. vert. Dr. Kuhn, Erbsenparf., Nürnberg, Bier: Löwen-Booth, a. Markt, C. Ballin son., Leipzigerstr. 91, C. Ballin Jr., Fisch-Br., Leipzigerstr. 63.

**Breslauer Zeitung**  
Begründet 1826  
Politisches Tageblatt  
Stadt- und Provinzblatt  
Unterhaltungsblatt  
Aktuell — entschieden liberal — zeitgemäß  
Umfangreiches best informiertes Handelsblatt  
3 mal täglich monatlich 2 Mark  
1 mal täglich — auch Montags monatlich 1 Mark  
Geeignetes Infektionsorgan für alle Hygieniker und volkswirtschaftlichen Anzeigen, Vermittlung von An- u. Verkauften, Geschäftszettern und kaufmännischem Verkehr, Empfehlungen von Gelden, Gemälden, Schenk-, Beharfs- und Luxusartikeln.  
— Infektionspreis: —  
Beitrag 25 Pf., aus Schillingen und Pfennigen 25 Pf.  
Anzeigensatz und Wohnungsanzeigen 15 Pf.

**Elektrische Anlagen**  
jeder Art und Größe.  
**K. Bast**, Halle a. S., Geiße 28, Tel. 169.

**Schaufenster-Wettbewerb.**  
Aufnahmen von Schaufenstern fertigen tadellos  
**Hein & Roggenkamp, Photographen.**  
Telephon 2211. 116750

**Wäschemangeln**  
für Hands u. Strickbet. D. N. G. M. Modell Bauart Thiele sind die besten. Kastenhebelung u. unten. Seidene Bang-Weicheitlung u. Blatt überreichend. Konstruktionslos. Bitte v. Ankauf erst meine Preisliste zu verlangen.  
**Paul Thiele**, Wäschemangeln, Chemnitz, Gartenstr. 11.

**Prima Klee- und Wiesenheu**  
Stroh, Hafer (auch gequetscht), Häcksel, Kleie, Melasse, Trockenschnitzel u. Hühnerfutter empfiehlt zu billigsten Tagespreisen  
**Herm. Meusel Nachf.**, Canauerweg, Telephon 1260.

Die einzige hygien. vollkomm. in Anlage u. Betrieb billigste  
**Reizung f. d. Einfamilienhaus**  
ist d. verbess. Zentral-Loftheizg. — In jedes, auch alte Haus leicht einzubauen. Prospekt gratis und franko durch **Schwarzhaupf, Spiesker & Co. Nachf., O. m. L. N., Frankfurt a. M.**  
**L. Hall, Vorsteher, g. Ungozletzer** Johannes Meyer, Götterstr. 18 Pf. — Telephon 3418 —  
Beitrag, u. Prospekt samt Garantie-Bestellung nach Erfolg.